

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Feige, Werner Schulz (Berlin) und der Gruppe
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Dritten Bericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“
zum Thema Schutz der Grünen Erde – Klimaschutz durch umweltgerechte
Landwirtschaft und Erhalt der Wälder
– Drucksache 12/8350 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag schließt sich dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (AL)/UFV und F.D.P. im Abgeordnetenhaus Berlin (Drucksache 12/4785) vom 15. September 1994 an.

Wie das Berliner Abgeordnetenhaus appelliert auch der Deutsche Bundestag eindringlich an die Bundesregierung, bis spätestens zum 28. September 1994 beim Sekretariat der VN-Klimakonvention den Entwurf eines Berliner Protokolls einzureichen.

Das Berliner Protokoll soll Vorschläge zur Umsetzung der Klimakonvention, insbesondere der Reduktion von Treibhausgasen, enthalten.

Bonn, den 20. September 1994

Dr. Klaus-Dieter Feige
Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

Begründung

Der dem Berliner Abgeordnetenhaus vorgelegte Dringliche Antrag wird wie folgt begründet:

„Vom 28. März bis zum 7. April 1995 wird in Berlin die erste Nachfolgekonzferenz zur Welt-Klimakonferenz stattfinden, zu der Delegationen aus 150 Ländern mit 10 000 Teilnehmern erwartet werden. Damit die Rahmenkonvention vorbildliche Wirkungen für den Klimaschutz entfalten kann, muß sie durch konkrete Vereinbarungen präzisiert werden. Die Konvention sieht vor, daß ein Protokoll, das solche Vereinbarungen enthält, nur dann in Berlin beschlossen werden kann, wenn es spätestens ein halbes Jahr vor

Konferenzbeginn eingereicht worden ist. Bis zum heutigen Tag hat kein Vertragsstaat den Entwurf eines Berliner Protokolls eingereicht. Damit ist der Erfolg der Berliner Konferenz in Frage gestellt, sie kann unter diesen Bedingungen über den weltweiten Klimaschutz nur beraten, nicht beschließen.

Deutschland als gastgebendes Land kann am Scheitern dieser so wichtigen Konferenz kein Interesse haben. Berlin als gastgebende Stadt darf nicht mit dem Makel belastet sein, daß der Klimagipfel nur geredet, nicht entschieden hat. Daher drängt das Abgeordnetenhaus die Bundesregierung, in letzter Minute doch noch ein Berliner Protokoll vorzulegen.

Berlin, den 15. September 1994

Landowsky, Goetze und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU

Dr. Staffelt, Dr. Meyer und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Wieland, Berger und die übrigen Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (AL)/UFV

Kammholz, Dr. Klein und die übrigen Mitglieder der Fraktion der F.D.P.“